

Dresdner Neueste Nachrichten

Maßgebungspreis: Die 26 mm breite Seite kostet 0,35 R.-M. für außenwärts 0,40 R.-M. Die Restemasse ist nach dem 5. und dem 9. Juni werden die beiden Staatsmänner, wie nun endgültig feststeht, nicht des englischen Premierministers MacDonald in London sein. In Paris sieht man in dieser Beziehung, wie aus dem heutigen Bericht und dem Briefwechsel hervorgeht, einen Erfolg des französischen Stützpunktes der letzten Tage und gerade dies auch ganz ungeniert an. In Berlin wird ähnlich verfahren, der Verschiebung kommt hierbei politische Bedeutung zu, sei es lediglich technische Zweckmäßigkeitsbetrachtungen entspringen.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,25 R.-M. in der Reichs-Geldpost monatlich 2 R. 15. Postbezug für den Monat 2,25 R.-M. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühren (ohne den Reichs-Geldpost). Kreuzbandabonnements: Für die Woche 1,10 R.-M. Einzelnummer 10 R.-M., außerhalb Ost-Preußen 15 R.-M.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandsstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27951-27953 • Teleg.: Neueste Dresden • Polisch: Dresden 2660

Abbestellungen ohne Rücksicht werden weder zurückgefordert noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Abnahmepreises.

Nr. 83 • Freitag, 10. April 1931 • 39. Jahrgang

Notverordnung zur Arbeitszeitverkürzung bedorftend

Die nächsten Aufgaben des Reichskabinetts - Montagu Normans Amerikareise und die Reparationsfrage

Londoner Reise erst nach Pfingsten

Über am 1. Mai, noch am 8. Mai, auch nicht im 5. und dem 9. Juni werden die beiden Staatsmänner, wie nun endgültig feststeht, nicht des englischen Premierministers MacDonald in London sein. In Paris sieht man in dieser Beziehung, wie aus dem heutigen Bericht und dem Briefwechsel hervorgeht, einen Erfolg des französischen Stützpunktes der letzten Tage und gerade dies auch ganz ungeniert an. In Berlin wird ähnlich verfahren, der Verschiebung kommt hierbei politische Bedeutung zu, sei es lediglich technische Zweckmäßigkeitsbetrachtungen entspringen.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Deutschland wäre der 1. oder der 8. Mai als Termin der Zusammenkunft lieber gewesen, da er Gelegenheit geboten hätte, noch vor der Genfer Tagung eine freundschaftliche Aussprache zu führen. Wie die Dinge aber jetzt liegen, muß man sich mit der Verschiebung auf Juni abfinden und nimmere den Versuch machen, der Aussprache einen möglichst breiten Umfang zu geben. Es handelt sich, wie bei dieser Gelegenheit bemerkt sei, nicht um eine große offizielle Konferenz mit einem umfangreichen Beauftragten, sondern um eine unangenehme intime Aussprache, zu der gegebenenfalls nur einige wenige Sachverständige zugezogen werden. Derartige Aussprachen „von Mensch zu Mensch“ in der Stille eines lässlichen Schloßes liegen ja den Engländern sehr und werden vor allem von dem letzten Premierminister MacDonald bevorzugt, der mit dieser Methode, wie sein Reich bei Hoover vor zwei Jahren bewies, schon beträchtliche diplomatische Erfolge erzielt hat. Unbedeutend zu fordern ist vom deutschen Standpunkt, daß in dieser Aussprache vor allem auch die Reparationsfrage von Brüning und Curtius angesprochen wird; denn diese Reparationsfrage ist ja die Kardinal- und Grundfrage der deutschen Außenpolitik, von der die Lösung aller übrigen Fragen abhängig ist. Vielleicht weisen die Besprechungen, die der Präsident der Bank von England, Montagu Norman, zur Zeit in Washington führt, bereits die Richtung, in der sich diese Besprechungen der Politiker in Genèvere zu bewegen haben, wenn auch die amerikanischen Berichte über Umfang und Inhalt der Unterhaltungen Normans zunächst mit Vorsicht aufzunehmen sind.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

B. Berlin, 9. April. (Ein. Trahtbericht) Während der Reichsaußenminister Dr. Curtius bereits in den nächsten Tagen keine Gesetze wieder aufzunehmen gedenkt, werden, wie wir hören, der Kanzler und der Finanzminister erst Anfang der nächsten Woche aus ihrem Urlaub nach Berlin zurückkehren. Erst dann wird auch das Kabinett sich mit dem bis dahin wahrscheinlich schon vorliegenden Gutachten der Brauns-Kommission zur Arbeitslosenfrage beschäftigen. Man rechnet in politischen Kreisen damit, daß die Regierung mit größter Beschleunigung zunächst die Frage der Arbeitszeitverkürzung allgemein regeln wird, und zwar in Form einer neuen Notverordnung, für die ja die in der Verfassung vorgesehenen Voraussetzungen ohne weiteres gegeben sind. Vermutlich wird sich die Regierung im weitestgehenden Anreizen des Gutachtenausschusses in der Frage zu eigen machen, mit einigen Modifikationen allerdings, die schon jetzt in den zuständigen Ressorts vorbereitet werden. Von einer Einbeziehung der Doppelverdiener in das neue Gesetz dürfte voranlässlich abzusehen werden, da bei den sehr verschiedenartigsten Einkünften eine schematische Regelung nicht geboten erscheint.

werkschaften begünstigen im allgemeinen, wie auf Art. 1 ihrer führenden Männer hervorgeht, die Tendenz des Gutachtens, wenn sie auch in verschiedenen Punkten eine Verschärfung wünschen, vor allem hinsichtlich der Ausschüttung des Doppelverdienendes von Pensionären. In den führenden Kreisen der Arbeitgeber-Organisationen wird darauf verwiesen, daß die Industrie überall da, wo es mit den Bedürfnissen der Produktion vereinbar ist, die Arbeitszeitverkürzung schon durchgeführt habe. Schon jetzt sei man bei den Arten der Gewerkschaften angeschlossenem Standpunkt die mögliche Arbeitszeit in der Holzindustrie, Textilindustrie und anderen wichtigen Industriezweigen auf höchstens 40 Stunden herabgesetzt, in der Porzellanindustrie sogar auf 35 Stunden. Eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit werde aber nicht zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit, sondern höchstens zu einer Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt führen und überdies sehr bedenkliche Folgen für alle diejenigen Industriezweige haben, in denen, wie gegenwärtig bei der Textilindustrie, ein gewisses Ausmaß der Konjunktur zu beobachten sei. Es müßte jedenfalls verlangt werden, daß die Regierung die verschiedenen Organisations der Wirtschaft hört, bevor sie auf Grund des Gutachtens der Brauns-Kommission den Weg von Notverordnungen beschreitet.

Die Vorschläge der Brauns-Kommission

VDZ. Berlin, 9. April. (Ein. Trahtbericht) Die führenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben zu dem Teilantrag der Brauns-Kommission und ihren Vorschlägen zur Arbeitszeitverkürzung noch nicht Stellung genommen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird erst in ihrer Verhandlung am 21. April sich mit dem Gutachten beschäftigen können. Die Ge-

Wieder ein Attentat in Indien

Sonderfabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten
L. Kalkutta, 9. April. (Durch United Press) Auf den Bezirksrichter James Peddie in Midnapore wurde ein Revolverattentat verübt. Peddie wurde von fünf Angeln getroffen, zusammen und starb einige Stunden nach dem Attentat. Es gelang dem Täter, unerkannt zu entkommen.

Ein englischer Ordnungsruf

Telegramm unseres Korrespondenten
Rf. London, 9. April
Es hat in der englischen Öffentlichkeit erhebliche Verwirrung hervorgerufen, daß die Franzosen in mit solcher Energie gegen den geplanten Besuch in London wenden. Der „Daily Herald“, das der letzten Labour-Regierung befreundete nabelnde Blatt, bemerkt heute, die Haltung der französischen Presse sei lakisch und jenseits von Mitleiden Kanakern. Man könne es sich nicht denken lassen, wenn von Paris aus erwidert werde, daß die englischen Minister nicht das Recht hätten, sich vertraulich mit den Vertretern der britischen Politik zu unterhalten, wann und wo sie wollten. Auch die liberalen „News and Chronicle“ sind ähnlicher Ansicht, und J. A. Spender schreibt in diesem Blatt in recht hartem Tone über die Annahme der französischen Presse, daß die Besuche erst kürzlich in Paris und Rom abgelehnt zur Aussprache mit den dortigen Staatsmännern gehabt, und es sei durchaus natürlich, daß eine ähnliche Aussprache mit Brüning und Curtius wünschenswert sei. England müsse darauf bestehen, daß die Franzosen nicht in solche Privatsprechungen mitsprechen. Der diplomatische Korrespondent des konservativen „Daily Telegraph“ schreibt gleichfalls von der „Lektüre der englischen politischen Kreise über die Haltung der französischen Öffentlichkeit. Die englische Regierung sei in dem Besuche gekommen, daß eine persönliche Annäherung mit den Vertretern der britischen Außenpolitik über den Erfolg der allgemeinen Abrüstungskonferenz überaus wichtig werden könne. Es sei eine Bedingung für die Schaffung einer günstigen Atmosphäre auf dieser Konferenz, daß Deutschland mit der gleichen Invoorkommenheit behandelt werde wie alle anderen Großmächte. Deutschland

Vor einem französischen Gegenstoß?

Telegramm unseres Korrespondenten
ch. Paris, 9. April
Zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und Außenminister Briand fand gestern eine eingehende Aussprache über die schwebenden außenpolitischen Fragen statt. In unterrichteten politischen Kreisen vertritt man die Ansicht, daß Briand alles versuchen wird, um die Führung in den europäischen Angelegenheiten, die ihm in den letzten Wochen zu entgleiten droht, wieder an sich zu ziehen. Sein Hauptziel sei die Vereitelung des deutsch-österreichischen Abkommens oder zum mindesten eine „Begrenzung“ seiner gefährlichen Auswirkung. Zu diesem Zweck ist noch für die letzten Tage dieser Woche eine Reihe von Ministerialkonferenzen angesetzt, an denen die Vertreter der verschiedensten Ministerien teilnehmen werden. Unter anderem soll hierbei die Frage geprüft werden, ob Frankreich den Kagarstaaten

Montagu Normans Besuch in Washington

Sonderfabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten
L. Washington, 9. April. (Durch United Press) In offiziellen Kreisen wird die Annahme, daß der Besuch des Gouverneurs der Bank von England, Montagu Norman, mit einer eventuellen Neuregelung der Kriegsschulden und Reparationszahlungen und anderen internationalen Geldfragen zusammenhängt, zwar, wie nicht anders zu erwarten, in Rede gehalten. Im Laufe der drei Tage, die Norman hier verbracht hat, ist jedoch, wie man es offiziell sehr vorsichtig und wenig klar formuliert, in Regierungskreisen eine neue Auffassung der engen Zusammenhänge zwischen der britischen und der kontinental-europäischen Politik infolge der Ereignisse der letzten Zeit in Europa entstanden. Man meint, daß eine Möglichkeit besteht, daß in dieser Frage eine gemeinsame Front aller europäischen Schuldverpflichteten zustande kommen könnte.
In sehr maßgeblichen Kreisen wird nicht daran gezweifelt, daß Montagu Norman der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß eine totale Geldpolitik, was Schuldenschnitten anbelangt, eine wünschenswerte Wirkung auf die wirtschaftliche Erholung und Entwicklung Mitteleuropas zur Folge haben würde. Es wird ebenfalls angenommen, daß Norman die Möglichkeit einer Erleichterung deutscher und österreichischer Reparationszahlungen als sehr wesentlich für die politische und wirtschaftliche Stabilisierung Europas bezeichnete. Diese Erleichterung für Deutschland und Österreich würde die Vereinigten Staaten unmittelbar betreffen,

Die Auffassung in Paris

Telegramm unseres Korrespondenten
ch. Paris, 9. April
Die französische Presse demüht sich heute mit großem Eifer, nachzuweisen, daß der auf den 5. Juni veranschlagte Zusammenkunft der deutschen und der englischen Minister keine große politische Bedeutung mehr zukommt, denn alle bedeutungsvollen Entscheidungen würden inzwischen in Genèvere in Gegenwart der verantwortlichen Minister der Großmächte getroffen sein. Nur der Außenminister des „Chou de Paris“, Fernand, kann seinen Vorn über die Einladung Deutschlands nach England auch heute noch nicht ändern. Er erklärt u. a.:
„Man darf nicht glauben, daß die bevorstehende Genèvere Diskussion alle aktuellen europäischen Fragen erschöpfen und daß deswegen für das englische deutsche „Gandelsgeschäft“ Anfang Juni kein Stoff mehr vorhanden sein wird. Aus der Tatsache der britischen Einladung allein werden Brüning und Curtius die Folgerung ziehen, daß sie künstlich ungestraft (!) die verschiedenen Aufträge erheben können. Bereits heute betrachtet Deutschland die Zustimmung Englands zur deutsch-österreichischen Konvention als gegeben. Man muß aber den deutschen Ministern die Fragewürdigkeit der Londoner Besprechungen vorhalten und den englischen Minis-